



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Klaus Holetschek, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Manuel Westphal CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/4872, 18/7276

Umweltassoziierte Erkrankungen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Umsetzung eines Konzepts zur Behandlung von Menschen, die an umweltassoziierten Erkrankungen (z. B. Multiple Chemikalien-Sensitivität – MCS, Elektrosensibilität – EHS etc.) leiden, im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel einzuleiten.

Dabei sind folgende Maßnahmen von großer Bedeutung:

- die Erstellung eines regelmäßig zu aktualisierenden Verzeichnisses durch das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) – mit Anlaufstellen und Spezialisten, die mit dem Thema umweltassoziierte Erkrankungen vertraut sind
- die Anregung an Universitätsklinikum zur Schaffung „Medizinischer Kompetenzstellen“ (mit jeweils einem Arzt plus Sekretariat) in den Ambulanzen für Umweltmedizin Erlangen, München und künftig Augsburg sowie Anwendung der Erkenntnisse und Methoden der praktisch-klinischen Umweltmedizin
- die Ausweitung der Forschung zu umweltassoziierten Symptomkomplexen (z. B. MCS, EHS) z. B. an den „Medizinischen Kompetenzstellen“
- der Ausbau der ärztlichen Fortbildungen im Bereich der Umweltmedizin
- im Sinne der Barrierefreiheit die Prüfung geeigneter Maßnahmen verschiedener Art zur Erleichterung der Meidung der auslösenden Faktoren unter Einbeziehung von Betroffenenvertretern.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, ob mittelfristig ein zentrales Kompetenzzentrum die Versorgung verbessern würde. Auch soll sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen, die Umweltmedizin im Leistungskatalog der Krankenkassen aufzuwerten. So sollen beispielsweise fünf Basisleistungen für umweltassoziierte Symptomkomplexe – wie etwa MCS – eingeführt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident